



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

26. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

18. April 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

**hier: Festnahme eines Kontaktmannes des mutmaßlichen
Attentäters von Djerba im Großraum Duisburg (s. Anlage 1)**

1

- Bericht des Innenministers
- kurze Diskussion

^{*)} nichtöffentlicher Teil dieser Sitzung mit TOP 9 und 10 s. APr 13/560

2 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (s. Anlage 2)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2201

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird der Ausschuss eine Anhörung in Form eines Sachverständigengesprächs durchführen.

3 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2387

Vorlage 13/1350
Zuschriften 13/1419 und 13/1435

6

Der Ausschuss verständigt sich darauf, möglichst zeitnah nach der Auswertung der morgen stattfindenden Anhörung zu entscheiden.

4 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2377

6

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

**5 Betreutes selbständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen
- Zuständigkeit in eine Hand**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2379

7

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, heute über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

**6 Katastrophale Kriminalitätsstatistik ist Quittung einer jahrzehntelangen
verfehlten Innenpolitik
- 10-Punkte-Programm für mehr Sicherheit in NRW**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2375

8

- ausführliche Diskussion

7 Vorlage eines periodischen Sicherheitsberichts NRW

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2287

12

- kurze Diskussion

Der Vorsitzende will den Punkt wieder in die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses am 20.06.2002 aufnehmen.

8 Nazi-Konzert in Dortmund am 16.03.2002 (s. Anlage 3)

13

- Bericht des Innenministers
- ausführliche Diskussion

3 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2387

Vorlage 13/1350
Zuschriften 13/1419 und 13/1435

(vom Plenum in seiner Sitzung am 22. März 2002 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - federführend - und an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Mitberatung überwiesen)

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, möglichst zeitnah nach der Auswertung der morgen stattfindenden Anhörung zu entscheiden.

4 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2377

(vom Plenum am 21. März 2002 an den Kulturausschuss - federführend - und an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Mitberatung überwiesen)

Der **Ausschuss** lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Steno. Dienst

Anlage 1 zu APr 13/559

NRW
CDU

CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Innere Verwaltung
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

16. April 2002

- im Hause -

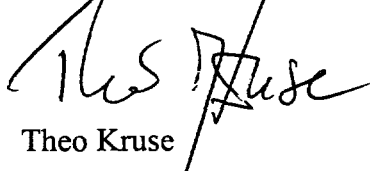
Aktuelle Viertelstunde

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Auftrag der CDU-Fraktion beantrage ich eine aktuelle Viertelstunde für die Sitzung des Innenausschusses am 18. April 2002 zu dem Thema:

- **Festnahme eines Kontaktmannes des mutmaßlichen Attentäters von Djerba im Großraum Duisburg**

Mit freundlichen Grüßen

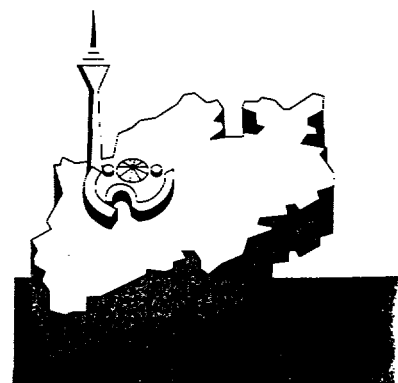

Theo Kruse

1. Fax an MM (K. Müller)
2. Fax an Pressestelle im Hause
(H. Hajlamowitz)
3. O an alle Mithl. des AOB
+ Refer. + Managt. Dienst.
4. Wv.

16.4.02

CDU-Landtagsfraktion NRW
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Tel. (0211) 884 - 2762
Fax (0211) 884 - 3366
e-mail: kruse-theodor@nrwcd-fraktion.de



Jürgen Jentsch MdL
Innenpolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion

Monika Düker MdL
Innenpolitische Sprecherin
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

11. März 2002

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
Herrn Klaus Stallmann MdL

im Hause

Sehr geehrter Herr Stallmann,

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des
Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften“
(Drucksache 13/2201 vom 13.02.2002) werden folgende Änderungsanträge gestellt:

1. In Artikel I Nr. 4 wird an den neuen § 7 Abs. 1 Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:
„Daneben sind sie örtlich zuständig, wenn in ihrem Polizeibezirk Maßnahmen zum
Schutz polizeilicher Interessen erforderlich sind, die außerhalb des
Geltungsbereichs dieses Gesetzes verletzt oder gefährdet werden, sofern die
zuständigen Stellen diese selbst nicht hinreichend schützen können.“

Begründung:

Bei polizeilichen Maßnahmen z.B. nach den Ereignissen des 11. September 2001, hat sich gezeigt, dass Tatvorbereitungen in Nordrhein-Westfalen getroffen werden, die sich in anderen Ländern oder im Ausland auswirken. Sicherheitsbehörden anderer Länder oder Staaten haben jedoch in Nordrhein-Westfalen keine Befugnisse zur Gefahrenabwehr. Deshalb ist die vorgesehene Ergänzung des § 7 Abs. 1 Satz 1 um einen klarstellenden Satz 2 erforderlich.

Anlage 2 zu APr 13/559

2. In Artikel I Nr. 8 erhält Satz 1 folgende Fassung:
„§ 9 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:“

Begründung:

Satz 2 des bisherigen § 9 Abs. 1 soll mit seinem bisherigen Wortlaut erhalten bleiben.

3. In Artikel I wird nach Nr. 25 folgende Nr. 25 a eingefügt:

In § 18 Abs. 1 Satz 6 wird in beiden Fällen das Wort
„Jugendwohlfahrtsausschusses“ durch das Wort „Jugendhilfeausschusses“ ersetzt.

Begründung:

Die zutreffende Bezeichnung des in Rede stehenden Ausschusses lautet gemäß § 70
Abs. 1 SGB VII „Jugendhilfeausschuss“.

Mit freundlichen Grüßen


Jürgen Jentsch


Monika Düker



Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211-884-2384 Telefax: 0211-884-2043
E-mail: spd-fraktion@landtag.nrw.de
Internet: http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen • 40221 Düsseldorf

21. März 2002

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
Herrn Klaus Stallmann MdL
im Hause

**Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform am
18. April 2002**

Sehr geehrter Herr Stallmann,

zu der o.a. Sitzung bitte ich folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

**„Nazi-Konzert in Dortmund am 16.3.2002“
- Bericht des Innenministers -**

Mit freundlichen Grüßen

1. E an RIVV - bliffl über
+ Refr. + Skrupel - Vices A.
2. Fax an M. (L. Minich)
3. W.

8.4.02
J